

**Stadtkanzlei**

Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun

Telefon +41 (0)33 225 82 21, Fax +41 (0)33 225 82 02  
stadtrat@thun.ch, www.thun.ch

## Protokoll

### Stadtrat von Thun

**Sitzung 10/2015 vom 12. November 2015, 17:00 Uhr, Rathaus Thun**

---

**Anwesend****Stadtrat**

Vorsitz: Stadtratspräsident Thomas Hiltbold

Peter Aegerter, Martin Allemann, Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Adrian Christen, Michael Dähler, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Beat Grimm, Roman Gugger, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Alice Kropf Khan, Andreas Kübli, Nora Läng, Serge Lanz, Manfred Locher, Lukas Rohr, Sandra Rupp Gyger, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Simon Schweizer, Reto Vannini, Daniela Weber, Till Weber, Simon Werren, Matthias Wiedmer

**Gemeinderat**

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel und Konrad Hädener

**Sekretariat**Stadtratssekretär Remo Berlinger  
Protokollantin Renate Schneider**Entschuldigt**

Stadträte Lukas Lanzrein und Markus van Wijk sowie Gemeinderat Peter Siegenthaler und Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

**Schluss der Sitzung**19:50 Uhr

---

**Der Stadtratspräsident** eröffnet die Sitzung und begrüsst die Anwesenden. Er macht auf die freiwillige öffentliche Informationsveranstaltung zum Thema "Überprüfung Fussgängerstreifen" aufmerksam, welche im Anschluss an die Stadtratssitzung stattfinden wird.

## 77. Protokoll

### **Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 22. Oktober 2015**

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

## 78. Wahlkommission

### **Ersatzwahl von David Meienberg (SP) in die Wahlkommission anstelle des zurücktretenden Beat Haldimann (SP)**

#### **Bericht des Gemeinderates Nr. 30/2015**

Piero Catani, **SP-Fraktion**, schlägt *David Meienberg (SP)* zur Wahl vor.

**Der Rat** genehmigt stillschweigend folgenden

#### **Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 14. Oktober 2015, beschliesst:

1. Von der Demission von Beat Haldimann per 31. Dezember 2015 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für Beat Haldimann wird per 1. Januar 2016 als Mitglied in die Wahlkommission gewählt: David Meienberg, geb. 6. März 1986, von Zürich, Dipl. Betriebswirtschafter HF/Fachspezialist Berufliche Grundbildung, wohnhaft Scheibenstrasse 21B, 3600 Thun, und zwar ab 1. Januar 2016 und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2018 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

## 79. Wahlkommission

### **Ersatzwahl von Martin Schönholzer (FDP) in die Wahlkommission anstelle der zurückgetretenen Yvonne Meister (FDP)**

#### **Bericht des Gemeinderates Nr. 31/2015**

**Der Rat** genehmigt stillschweigend folgenden

#### **Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 14. Oktober 2015, beschliesst:

1. Von der Demission von Yvonne Meister per sofort wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für Yvonne Meister wird per sofort als Mitglied in die Wahlkommission gewählt: Martin Schönholzer, geb. 13. Dezember 1968, von Buhwil TG und Sulgen TG, Bauführer, wohnhaft Kasernenstrasse 17A, 3600 Thun, und zwar ab sofort und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2018 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

## 80. Budget 2016

### Genehmigung

#### Bericht des Gemeinderates Nr. 27/2015

##### A. Eintretensdebatte (inkl. Aufgaben- und Finanzplan)

**Stadtpräsident Raphael Lanz** informiert, dass seit den Vorberatungen in den stadträtlichen Kommissionen keine Anpassungen im Budget und im Aufgaben- und Finanzplan vorgenommen worden sind. Erstmals wurde das Budget der Stadt Thun nach dem neuen Rechnungslegungsmodell HRM2 erstellt, was die wesentlichste Änderung zu den Vorjahren darstellt. Im Vorbericht sind die Änderungen und Auswirkungen von HRM2 transparent aufgezeigt. Insgesamt ist die Umstellung erfolgreich verlaufen, so dass der Stadtrat über das Budget befinden kann. Er dankt der Finanzverwaltung und Projektleiter Marc Riesen für die Umsetzung von HRM2. Der Gemeinderat benötigte für die Budgetberatung mehrere Sitzungen, da gut begründete und nachvollziehbare Anträge der Verwaltung bei der Gesamtbetrachtung gekürzt oder abgewiesen werden mussten. Für das hohe Kostenbewusstsein in der Verwaltung ist der Gemeinderat dankbar. Der Aufgaben- und Finanzplan zeigt eine Neuverschuldung auf, welche jedoch als vertretbar beurteilt wird. Das gegenwärtige Zinsniveau kommt der Stadt in dieser Situation entgegen. Er dankt der Verwaltung für die Erstellung des Budgets 2016 und den stadträtlichen Kommissionen für die detaillierten Vorberatungen.

Serge Lanz, **BRK**, weist auf das gesamthaft ausgeglichene Budget mit einem für die Stadt historischen Umsatz von 307 Mio. Franken bei unveränderter Steueranlage hin. Im Aufgaben- und Finanzplan führen grosse Bauausgaben zu einer Neuverschuldung. Mit dem vorherigen Rechnungslegungsmodell, HRM1, wäre der Abschreibungsaufwand um 2,6 Mio. Franken höher ausgefallen. Zwar hat die Neubewertung des Finanzvermögens in der Bilanz mehr Geld generiert, jedoch muss dieses nach übergeordnetem Recht entsprechend zurückgestellt werden und ist somit in der Erfolgsrechnung ergebnisneutral. Er unterstreicht die engen Rahmenbedingungen mit dem nur gering steigenden Steuertrag. Infolge der Unternehmenssteuerreform (USR III) muss in Zukunft mit 5 Mio. Franken tieferen Steuereinnahmen gerechnet werden. Er betont, dass es diverse Unsicherheitsfaktoren gibt, bezüglich welcher Wachsamkeit angezeigt ist. Der Personalaufwand steigt laufend. Dies ist hauptsächlich auf Geschäfte zurückzuführen, welche der Stadtrat entschieden hat. Als Beispiel verweist er auf die Übernahme der Kunsteisbahn und der Curlinghalle. Seiner Ansicht nach geht der Gemeinderat vernünftig und vorsichtig mit Stellenschaffungen um. Viele Rahmenbedingungen sind vom Kanton vorgegeben. Mehr als die Hälfte der Steuereinnahmen der Stadt gehen an den Kanton, was den finanziellen Spielraum entsprechend einschränkt. Die hohen Investitionen für den baulichen Unterhalt sind weitere Rahmenbedingungen, die gegeben sind. Die BRK ist überzeugt, dass der Gemeinderat die bestehenden engen Rahmenbedingungen wahrnimmt, entsprechend führt und Vorgaben definiert. Die Transparenz ist erfreulich. Die BRK machte an ihrer Sitzung einen Blick in die Zukunft. Die Aussage des Stadtpräsidenten an der BRK-Sitzung, dass es ist, wie es ist, trifft die Situation gut. BRK-Präsident Lanz macht auf die unaufhaltsam steigenden Schulden infolge Finanzierungslücken aufmerksam. In den vier Planjahren wird mit einer Neuverschuldung von 94 Mio. Franken gerechnet, was Ende 2019 zu einem Schuldenbestand von 200 Mio. Franken führen wird. Er weist jedoch darauf hin, dass in den Jahren 2004 bis 2007 die Hälfte der Schulden abgebaut werden konnte. Zurzeit kann die Fremdfinanzierung zu günstigen Konditionen erfolgen. Die Planung lebt, wie der Vergleich mit dem Aufgaben- und Finanzplan 2015-2018 zeigt. Mit dem Rechenzentrum, der Turnhalle Proymatte, der Revision des Lohnsystems und mit der USR III sind grössere Projekte und neue Rahmenbedingungen dazu gekommen. Die Steuerung dieser Geschäfte wird eine grosse Herausforderung für den Gemeinderat und für den Stadtrat. Das Fazit der BRK: Neue grössere Investitionsvorhaben und Aufgaben können nicht getragen werden, ohne im Aufgaben- und Finanzplan 2016-2019 aufgeführte Projekte zu streichen. Dies gilt für alle Verwaltungsbereiche. Herr Lanz dankt allen Beteiligten für ihre Arbeit. Die Fragen der BRK und der SAKOs sind vollständig beantwortet worden. Die BRK empfiehlt das Budget 2016 zur Genehmigung und den Aufgaben- und Finanzplan 2016-2019 zur Kenntnisnahme.

Die **SVP/FDP-Fraktion**, so Stadtrat Lanz, nimmt den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis und stimmt dem Budget einstimmig zu. Die Fraktion dankt allen Beteiligten für die hervorragende Arbeit. Drei Punkte erscheinen der Fraktion wesentlich: 1. Die einzigen cash-wirksamen Massnahmen sind, dass weniger

ausgegeben oder mehr eingenommen wird. Hier sind jedoch alle gefordert, auch indem man sich von wahlkampfgetriebenen Einzelinteressen löst. Er appelliert an das Verständnis aller Fraktionen und aller Stadträtinnen und Stadträte. 2. Steuersenkungen sind aufgrund der Selbstfinanzierung nicht möglich. Dies widerspricht jedoch dem Legislaturziel zur Förderung der Standortattraktivität der Stadt. 3. Die Entwicklung der Lastenausgleichsbereiche schränkt die Handlungsmöglichkeiten der Stadt stark ein. Die Fraktion ist überzeugt, dass sich die Thuner Grossrätinnen und Grossräte auf kantonaler Ebene für die Eigenständigkeit der Stadt einsetzen können.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist für die angemessene Flughöhe der Budgetdiskussion dankbar. Er betont die spektakulären Änderungen, die sich mit HRM2 ergeben. Besonders die Zuordnung der Spezialfinanzierungen zum Eigenkapital führt zu einer anderen Bilanzsituation. Im Aufgaben- und Finanzplan steigt die Verschuldung, was jedoch bereits seit einiger Zeit bekannt war. Es stellt sich die Frage, wo die Schmerzgrenze liegt. Innerlich liegt diese Grenze seiner Ansicht nach bei 200 Mio. Franken. Stadtrat Schori weist auf die Aktivseite hin, die diesem Schuldenberg entgegensteht. Die Stadt besitzt Verwaltungsvermögen mit einem amtlichen Wert von rund 240 Mio. Franken oder einem Buchwert von rund 57 Mio. Franken sowie über 300 Mio. Franken Finanzvermögen. Aus unternehmerischer Sicht handelt es sich nicht um eine Verschuldung. Die Situation ist nicht besorgniserregend, verleitet aber auch nicht zu Freudensprüngen. Dass der Gemeinderat die Selbstfinanzierung steigern will, ist begrüssenswert. Ungefähr im Jahr 2022 soll der Investitionsstau laut Planung behoben sein. Damit anschliessend kein neuer Investitionsstau entsteht, werden sich die jährlichen Investitionen nach Einschätzung von Stadtrat Schori in etwa bei 15 Mio. Franken bewegen. Die Fraktion ist sich jedoch bewusst, dass die Wertungen aus politischer Sicht unterschiedlich sind. Der vorsichtige Umgang mit den Thuner Finanzen ist erfreulich. Dank dem tiefen Zinsniveau kann der Investitionsstau behoben und finanziert werden. Er erläutert die heutige Situation mit den Minuszinsen und fragt, wieso die Stadt nicht Stadtanleihen in der Höhe von beispielsweise 50 Mio. Franken herausgibt und Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit bietet, ihr Geld bei der Stadt anzulegen. Es ist doch besser, von der Stadt beispielsweise 0,5 % Zins zu erhalten als sich von der Bank bestehlen zu lassen. Die Stadt könnte mit dieser Vorgehensweise Zinsaufwand einsparen. Die USR III beschäftigt die Fraktion. Wird die Stadt tatsächlich jährlich auf 5 Mio. Franken Steuergelder verzichten müssen, ist mit einem Referendum zu rechnen. In einer solchen Situation wäre Herzblut für die Stadt Thun angezeigt. Er macht auf die hohen Unternehmenssteuern in den Nachbarländern aufmerksam und unterstreicht, dass die Unternehmen in der Schweiz keine weiteren steuerlichen Entlastungen benötigen. Gemäss Kapitel 2 des Aufgaben- und Finanzplanes können viele externe Faktoren die Entwicklung und Planung beeinflussen. Die Fraktion begrüsst, dass für den Beitrag an Thun-Thunersee Tourismus (Antragspunkt 5) kein separates Geschäft traktandiert wurde. Für die Erarbeitung des Budgets und des Aufgaben- und Finanzplanes dankt die Fraktion. Sie nimmt das Budget und den Finanzplan einstimmig an.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, dankt den Vorrednern für die detaillierten Informationen. Die Fraktion Grüne stimmt dem Budget einstimmig zu und nimmt den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis. Mit 4,7 Mio. Franken wird der bauliche Unterhalt aus der Spezialfinanzierung gedeckt. In den Vorjahren wurden ungefähr 10 Mio. Franken für den baulichen Unterhalt aufgewendet, in den Folgejahren wird er fast doppelt so hoch sein. Demzufolge werden in den nächsten Jahren hohe Entnahmen aus der Spezialfinanzierung erfolgen. Die Schmerzgrenze der Verschuldung liegt bei der Fraktion bei 200 Mio. Franken. Sie weist auf die unterdurchschnittliche Steuerkraft der Stadt im kantonalen Vergleich hin. Insbesondere bei den juristischen Personen besteht Entwicklungspotenzial. Obwohl die Finanzlage der Stadt recht stabil ist und ausgeglichene Budgets und Rechnungen kurzfristig erfreulich sind, müssen die unterdurchschnittliche Steuerkraft und die Neuverschuldung längerfristig im Auge behalten werden.

Nicole Krenger, **Fraktion der Mitte**, bedankt sich für die Erstellung des Budgets und für den Aufgaben- und Finanzplan. Die Fraktion stimmt dem Budget einstimmig zu und nimmt den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis. Es erstaunt, dass der abnehmende Selbstfinanzierungsgrad nicht zu kritischeren Voten führt. Die Fraktion erwartet Massnahmen zur Verbesserung der Selbstfinanzierung. Punkto Investitionsstaus kann auch die Frage aufgeworfen werden, ob tatsächlich alle geplanten Investitionen notwendig und ob allenfalls Substitutionen möglich sind. Das Rechenzentrum für die Informatik könnte beispielsweise - ohne das Projekt zu werten - auch an Externe vergeben werden. Eine Prüfung der Auswirkungen dieser Variante auf das Budget und den Aufgaben- und Finanzplan erscheint der Fraktion sinnvoll. Weiter hält es die Fraktion für vordringlich, dass das Budget nicht nur einmal im Jahr hervorgehoben wird. Bei jedem Geschäft ist zu berücksichtigen, dass die Selbstfinanzierung tief ist. Vom Gemeinderat wird bei

grösseren Projekten erwartet, dass er aufzeigt, wie er die finanzielle Situation und die Selbstfinanzierung positiv beeinflussen kann. Es ist zu hoffen, dass die Budgets der Stadt Thun auch längerfristig und bei steigenden Zinsen ausgeglichen sind.

Daniela Huber Notter, **BDP-Fraktion**, dankt für die übersichtliche Dokumentation des Budgets und des Aufgaben- und Finanzplanes. Es steckt sehr viel Arbeit und Erfahrung dahinter. Für die betroffenen Direktionen war die Umstellung auf HRM2 eine zusätzliche Herausforderung. Der gleichbleibende Steuerfuss und das ausgeglichene Budget 2016 sind erfreulich. Der enge Spielrahmen und die Vorgaben des Kantons, welche teilweise sehr sportlich sind, haben die Budgeterstellung 2016 nicht einfacher gemacht. Die Abschreibungsdauer von 12 Jahren beim bestehenden Verwaltungsvermögen beurteilt die Fraktion als sinnvoll. Erfreulich ist, dass das neue Abschreibungssystem nach HRM2 das Budget entlastet. Der Aufgaben- und Finanzplan ist ein kontinuierliches Steuerungsinstrument, welches bei konsequenter Handhabung die Erreichung der Legislaturziele im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten unterstützt. Die vorhandene Ausgabendisziplin darf im Stadtrat nicht aus den Augen verloren gehen. Die Fraktion stimmt dem Budget einstimmig zu und nimmt den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis.

**Der Stadtpräsident** dankt für die gute Aufnahme und auch für die kritischen Voten. Er nimmt zu folgenden drei Punkten Stellung: 1. Die Volksanleihen, welche Stadtrat Franz Schori erwähnt hat, sind grundsätzlich eine gute Idee, welche auch geprüft wurde. Nimmt die Stadt jedoch 50 Mio. Franken auf, muss sie das Geld bei einer Bank deponieren, da sie nicht den ganzen Betrag zeitgleich benötigt. Dies würde bedeuten, dass die Stadt Negativzinsen bezahlen muss. Es ist nicht möglich, weniger als 50 Mio. Franken mit einer solchen Anleihe aufzunehmen. Es wurde geprüft, ob die Stadt ähnlich wie die Eidgenossenschaft vom Negativzinsumfeld profitieren könnte. Der Stadtpräsident betont, dass die Stadt Thun keine Bank ist. Es handelt sich um das Geld der Bürgerinnen und Bürger. Der Gemeinderat geht mit absoluter Sicherheit vor, verhindert Klumpenrisiken und tätigt keine spekulativen Geschäfte. 2. Stadträtin Nicole Krenger erwartet eine Verbesserung der Selbstfinanzierung. Dies kann erreicht werden, indem entweder weniger Liquidität rausgeht oder mehr Liquidität reinkommt. In der Praxis bedeutet dies Steuererhöhungen oder Ausgaben- und Investitionskürzungen. Es stehen jedoch viele grössere Projekte an, die aus Gründen der Synergiennutzung zum jetzigen Zeitpunkt durchgeführt werden müssen. Er weist auf die momentan akzeptable Verschuldungssituation hin und bestätigt, dass eine Schuldenlast von 200 Mio. Franken auch für ihn eine psychologische Grenze darstellt. Wesentlich ist jedoch, dass in der Erfolgsrechnung kein Defizit resultiert und die Verschuldung tragbar ist. 3. Am Beispiel des Rechenzentrums erklärt er, dass die Verwaltung bei grösseren Projekten selbstverständlich verschiedene Lösungsvarianten mit Vor- und Nachteilen abklärt. Dabei werden unter anderem auch externe Lösungen eruiert.

## **B. Detailberatung und Beschlussfassung Budget (ohne Aufgaben- und Finanzplan)**

Keine Wortmeldungen.

**Der Rat** genehmigt einstimmig folgenden

### **Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 Buchstabe a der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 11. September 2015, beschliesst:

1. Das Budget 2016 der Stadt Thun, mit einem Aufwand von Fr. 307'235'600 und einem Ertrag von Fr. 307'235'600 ausgeglichen abschliessend, wird genehmigt.
2. Im Jahr 2016 sind folgende Gemeindesteuern zu erheben:
  - a) Steueranlage: Auf den Gegenständen der Kantonssteuer das 1,72fache der für die Kantonssteuer geltenden Einheitsansätze
  - b) Liegenschaftsteuer: 1,2 Promille des amtlichen Wertes.
3. Das per 1. Januar 2016 voraussichtlich bestehende Verwaltungsvermögen wird über die nächsten 12 Jahre mit einem Abschreibungssatz von 8,33 % linear abgeschrieben.
4. Ziffern 1 - 3 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum gemäss Stadtverfassung. Kommt dieses zustande, so ist der Gemeinderat ermächtigt, die Abstimmungsbotschaft zu verfassen.
5. Bewilligung eines Verpflichtungskredites für eine neue einmalige Ausgabe von CHF 300'000 (Barbeitrag) der Stadt Thun an den Verein Thun-Thunersee Tourismus (TTST) zu Lasten der Erfolgsrechnung.

nung, Produktgruppe 1.9 Stadtmarketing (Fibu-Konto: 1910.3635.04 Tourismusförderung) für das Jahr 2016.

6. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. Er wird insbesondere ermächtigt, die bisherige Leistungsvereinbarung mit dem Verein Thun-Thunersee Tourismus (TTST) für die Jahre 2013 bis 2015 um ein Jahr (d.h. befristet bis 31. Dezember 2016) zu verlängern.

## 81. Aufgaben- und Finanzplan 2016 bis 2019

### Kenntnisnahme

#### Bericht des Gemeinderates Nr. 28/2015

Keine Wortmeldungen.

**Der Rat** genehmigt einstimmig folgenden

#### Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 44 Absatz 2 der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 11. September 2015, beschliesst:

Der Aufgaben- und Finanzplan 2016 bis 2019 wird zur Kenntnis genommen.

## 82. Postulat P 8/2015 betreffend politisches Härzbluet für den FC Thun

### Fraktion Grüne, Andrea de Meuron vom 2. Juli 2015; Beantwortung

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, erinnert an die Diskussion der Interpellation betreffend Stockhorn Arena – FC Thun im August 2014. Nach Sitzungsschluss war die Interpellation erledigt, die prekäre Situation rund um das Stadium jedoch nicht geklärt. Gemäss den Medienberichten Ende Jahr 2014 war die Situation des FC Thun bedrohlich. Die Fraktionen wurden wiederholt von den lokalen Medien zum Thema Stadion und FC Thun angesprochen. In der ganzen Diskussion rund um die Arena ist nicht verständlich, welches die Hauptgründe für die Probleme sind. Obwohl es sich um einen privaten Stadionbau handelt, liegt es im öffentlichen Interesse, keine Stadionleiche zu produzieren. Die Fraktion bemängelt, dass in der Antwort steht, der Gemeinderat könnte eine Vermittlerrolle einnehmen. Besser wäre es, wenn er geschrieben hätte, dass er eine Vermittlerrolle einnehmen sollte. Der Gemeinderat bezieht sich in der Beantwortung auf die Volksabstimmung, jedoch steht diese nicht mit den heute vorliegenden Fragen in Zusammenhang. Die Fraktion interessiert, was der Gemeinderat unternehmen kann, um den Entscheid aus dem Jahr 2007, auf der 90'000km<sup>2</sup> grossen Fläche einen Stadionneubau zu erstellen, nachhaltig wirken zu lassen. Sollte der FC Thun aus finanziellen Gründen absteigen müssen, bringt es niemanden etwas; egal, ob man für oder gegen den Stadionneubau gewesen ist. Sie bezweifelt, ob ein leeres Stadion dem Volkswillen entsprechen würde. Ein Abstieg hätte ihrer Ansicht nach weniger Zuschauer und weniger Sponsoren zur Folge. Zudem wäre die Wirkung auf die Junioren völlig anders. Sie betont den grossen Stellenwert des FC Thun für die Junioren. Die Fraktion Grüne hat frühzeitig alles unternommen, um ihre Verantwortung wahr zu nehmen. Nimmt der Rat das Postulat an, wird dem Gemeinderat der Rücken gestärkt. Die offizielle Stadt Thun kann zu einem guten Ergebnis für den FC Thun beitragen, dabei muss die Unterstützung nicht unbedingt monetär sein. Sie bittet um Überweisung des Postulates. Sollte sich eine Mehrheit für die Überweisung finden, wäre die Fraktion bereit, über eine Abschreibung abzustimmen.

Gemäss Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, geht es um eine Auslegeordnung der Möglichkeiten der Stadt Thun im Umfeld von allen Sportarten, Vereinen und Organisationen, welche in der Stadt Thun Grossartiges leisten. Dem Gemeinderat dankt er für die detaillierte Antwort zur Interpellation sowie zum Postulat. Die Antwort zum Postulat sendet alleine betrachtet unklare Signale aus. Zusammengefasst teilt der Gemeinderat mit, dass er die Anliegen der Postulanten, wie der FC Thun unterstützt werden kann, auch zukünftig prüfen wird. Gleichzeitig wird aber als Ergänzung die Antwort zur Interpellation "Stockhorn Arena – FC Thun" mit klar anders lautenden Aussagen verteilt. Er wiederholt die Anliegen der Postulanten, nämlich aufzuzeigen, welche monetären und nicht monetären Konsequenzen ein Abstieg des FC Thun hätte und welche Auswirkungen ein Abstieg auf den Jugendsport und auf die Integration haben würde. Wie der

Gemeinderat festhält, leisten auch andere Vereine viel im Breiten- und Jugendsport sowie bei der Integration. Daher erachtet der Gemeinderat die alleinige Vermarktung des FC Thun als unfair gegenüber anderen Vereinen. Die Fraktion stuft es als richtig ein, dass der Gemeinderat seine Entscheidungsfindung breit abstützt und auch allfällige Negativwerbung für die Region berücksichtigt. In den lokalen Medien wurde die Frage aufgeworfen, ob die lokalen Unternehmungen zu knausrig sind um den FC Thun zu unterstützen. Er unterstreicht, dass eine Unternehmung durch das Sponsoring des FC Thun keine Neukunden gewinnt. Stadtrat Blaser macht auf die Finanzierung der Sicherheits- sowie der Reinigungskosten durch die öffentliche Hand aufmerksam. Der Gemeinderat lehnt weitere zusätzliche Leistungen für den Unterhalt der Arena ab. Die Willensäusserung der Bürgerinnen und Bürger, dass die Stadt das Stadion nicht finanzieren soll, muss der Gemeinderat respektieren. Die Eigentümer haben das Stadion auf eigene Kosten und auf eigenes Risiko erstellt. Die Fraktion ist sich bewusst, dass der Stadt die finanziellen Möglichkeiten für die Übernahme der Arena fehlen. Dank den tieferen Unternehmenssteuern aufgrund der USR III hätten die Unternehmungen in Thun und Region zukünftig mehr freie Mittel zur Verfügung, die dem FC Thun als Sponsorengelder zufließen könnten. Er unterstreicht, dass keine Hoffnungen geschürt werden dürfen, dass die öffentliche Hand die finanzielle Situation des FC Thun oder der Arena retten kann und darf. Die Fraktion überweist das Postulat einstimmig.

Manfred Locher, **Fraktion der Mitte**, erachtet den Vorstoss, welcher mit viel Herzblut vor den Wahlen verfasst wurde, als Musterexemplar. Jemand hat ihm gesagt, es sei erstaunlich, dass sich nur die Fraktion Grüne für den FC Thun einsetze. Jedoch war für die Fraktion klar, dass der Gemeinderat die Situation rund um die Arena und um den FC Thun bereits seit einiger Zeit verfolgt. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates.

Philipp Deriaz, **SVP/FDP-Fraktion**, erachtet den Volkswillen als entscheidend. Der Gemeinderat muss sich daran orientieren. Für die Fraktion ist es ebenfalls von Interesse, dass es dem FC Thun und der Arena gut geht. Wieso das Geschäft schon jetzt auf der politischen Agenda steht, ist nicht nachvollziehbar. Damit könnten falsche Signale gesendet werden. Die beteiligten Privaten und die Betreiber sind für die Lösung des Problems verantwortlich. Dass sich die Stadt als Mediatorin beteiligt, ist sinnvoll. Störend ist die Tatsache, dass die Stadt Thun oft so dargestellt wird, als sei sie nicht am Wohlergehen des FC Thun interessiert. Nach Ansicht der Fraktion soll die Stadt weiterhin gute Voraussetzungen für den FC Thun schaffen. Jedes Heimspiel des FC Thun wird mit ungefähr 50'000 Franken Steuergeldern für Sicherheitskosten und Reinigung unterstützt. Ausserdem hat die Stadt die Erschliessung und die Umgestaltungskosten grosszügig mitfinanziert. Die Fraktion wünscht dem FC Thun sowohl sportlich wie auch finanziell eine erfolgreiche Zukunft. Sie lehnt das Postulat bei 3 Enthaltungen ohne Gegenstimme ab. Bei einer allfälligen Annahme des Vorstosses unterstützt die Fraktion die Abschreibung.

Daniela Huber Notter, **BDP-Fraktion**, schliesst aus der Antwort des Gemeinderates eine eher defensive Haltung mit wenig Herzblut für den FC Thun. Ernüchert stellt die Fraktion fest, dass in dieser Thematik nicht viel passiert ist. Wertvolle Zeit ist vergangen, ohne dass sich die Situation verbessert hat. Seitens der Stadt wünscht sich die Fraktion ein grösseres Engagement. Die Begründung, es könnte ein Präjudiz geschaffen werden und andere Vereine könnten ähnliche Forderungen stellen, wurde genannt. Sie unterstreicht, dass es sich hier jedoch um den FC Thun und nicht um irgendeinen Klub handelt. Der FC Thun gilt als Aushängeschild für die Stadt. Auch darf der Nachwuchs nicht vernachlässigt werden. Der FC Thun trägt dazu bei, dass die Medien über Thun berichten, was wirtschaftlich nicht zu unterschätzen ist. Die Fraktion nimmt von den regelmässigen Gesprächen zwischen dem FC Thun und dem Stadtpräsidenten Kenntnis. Es ist zwar verständlich, dass die Verhandlungen nicht öffentlich gemacht werden, dennoch erhofft sich die Fraktion mehr Informationen. Der Gemeinderat lässt mit dieser defensiven Antwort Spielraum für weitere Spekulationen. Die Fraktion stellt fest, dass die Fragen im Postulat nicht beantwortet sind und überweist das Postulat.

**Stadtpräsident Raphael Lanz** betont, dass alle Beteiligten das Gleiche wollen, nämlich dass der FC Thun erfolgreich Fussball spielt und alles funktioniert. Er versichert, dass er laufend mit allen Verantwortlichen im Gespräch ist. Er nimmt Bezug auf die Aussage von Stadträtin Huber Notter, der Gemeinderat öffne mit den wenigen Informationen Raum zu Spekulationen. Er beurteilt dies anders. Das Umfeld mit der Genossenschaft, der Arena, dem FC Thun und den Investoren ist komplex. Sobald die Öffentlichkeit in der Vergangenheit involviert war und es entsprechende Medienberichte gab, traten bei den Beteiligten im Hintergrund Unsicherheiten auf. Er will diese unerfreulichen Situationen zukünftig verhindern. Eine Lösungsfindung gewichtet er höher als die Information der Öffentlichkeit. Auch wenn er wollte, könnte er kaum vollständig informieren, da es sich um etliche vertragliche Abmachungen und um umfangreiche Investitionen handelt. Um eine langfristige Lösung zu finden, gilt es vorerst zu klären, wer für was verantwortlich ist, welche Verträge wie abgeändert werden müssen, wer auf was verzichten und wer für was bezahlen muss. Der Gemeinderat wird sich mit der Haltung zum Zeitpunkt der Volksabstimmung auseinandersetzen müssen und klären, wie sich diese Haltung allenfalls verändert hat. Er bestätigt, dass er sich weiterhin engagieren will. Solange der Gemeinderat an eine Lösungsfindung glaubt, wird die Öffentlichkeit nicht über die Thematik informiert. Jedoch kann es möglicherweise noch einige Zeit dauern, bis eine Lösung vorliegt.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, dankt für die grossmehrheitlich positive Aufnahme des Vorstosses. Sie bezieht sich auf die Aussagen der Stadträte Deriaz und Locher bezüglich Zeitpunkts des Vorstosses und fragt sich, wann der richtige Zeitpunkt ist. Sie orientiert, dass die Berichterstattung in den Medien für sie ausschlaggebend gewesen ist. Da ihre Anfrage bei den verschiedenen Fraktionspräsidenten zum Thema Besprechung der Situation des FC Thun nur zögerliche Reaktionen hervorgerufen hat, reichte sie ein Postulat ein. Sie dankt dem Stadtpräsidenten für seine Worte und ist froh, bei ihm Herzblut für den FC Thun zu spüren. Die Fraktion Grüne stimmt einer Abschreibung nach einer allfälligen Annahme des Postulates zu.

**Der Rat** nimmt das Postulat mit 26 : 9 Stimmen bei 3 Enthaltungen an.

**Der Rat** schreibt das Postulat einstimmig ab.

**83. Postulat P 14/2015 betreffend Gleichbehandlung der Verkehrsteilnehmenden während Bauphase; Zugang Schlossbergparking, temporärer Ersatz von Veloabstellplätzen in der oberen Hauptgasse gefordert!**

**Fraktion Grüne, Andrea de Meuron und Mitunterzeichnende vom 17. September 2015; dringliche Beantwortung**

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, bestätigt, dass das Anliegen bereits umgesetzt ist. Falls für den Rat eine Überweisung unbestritten ist, erübrigt sich eine Debatte. Sie bittet um Überweisung des Vorstosses.

**Der Rat** überweist das Postulat einstimmig und schreibt es gleichzeitig ab.

**84. Postulat P 15/2015 betreffend Verzicht auf die Errichtung einer Buvette am Aarequai**

**Philipp Deriaz (SVP), Reto Vannini (BDP) und Mitunterzeichnende vom 17. September 2015; dringliche Beantwortung**

**Gemeinderat Konrad Hädener** erklärt den Antrag des Gemeinderates auf Annahme. Der entscheidende Vorteil des Projekts war, dass mit wenig Mitteleinsatz sehr rasch eine Attraktivitätssteigerung an der Hofstetten-Ländte hätte realisiert werden können. Die negativen Rückmeldungen des Kantons haben den Gemeinderat veranlasst, das Projekt zu hinterfragen, weil die rasche Umsetzung gefährdet war. Er macht auf den Aufschub des Projekts aufmerksam und betont, dass dies keineswegs einen Verzicht bedeutet. Aus diesem Grund beantragt der Gemeinderat mit der Annahme nicht die gleichzeitige Abschreibung des Vorstosses. Würde der Gemeinderat eine Abschreibung beantragen, könnte dies die definitive Beendigung des Bauprojekts signalisieren. In naher Zukunft wird die Buvette nicht realisiert werden können, ungeachtet davon, ob das Postulat angenommen oder abgelehnt wird.

**Reto Vannini** (BDP) weist darauf hin, dass der Vorstoss nichts mit dem Wahlkampf zu tun hat, sondern schon seit mindestens Anfang Jahr von den Postulanten diskutiert wurde. Es ist erfreulich, dass die unbestrittene Sanierung der Toilette weiterläuft, da diese bestimmt für viele Beteiligte einen Mehrnutzen bringt. Die Beurteilung des Gemeinderates, dass der Ausgang eines allfälligen Beschwerdeverfahrens offen wäre, betrachtet die Fraktion als sehr optimistisch. Wie zwischen den Zeilen zu lesen ist, ist der Gemeinderat über die Antwort und über die Beurteilung des Kantons nicht erfreut. Im Gegensatz zum Gemeinderat bedauern die Postulanten nicht, dass die Buvette noch nicht realisiert werden kann. Das Ziel, den Wohn- und Lebensraum am Wasser etwas attraktiver zu machen, würde mit der Buvette sicherlich unterstützt. Jedoch erscheint dieses Ziel den Postulanten nicht als vordringlich. Die Postulanten befürchten durch die Buvette zusätzliche Konkurrenz für die umliegenden Restaurants und Gewerbebetriebe. Stadtrat Vannini stellt fest, dass der Gemeinderat nicht begründet, wieso der Betrieb der Buvette nicht öffentlich ausgeschrieben worden ist. Er beantragt die Annahme des Postulates. Damit würde der Gemeinderat auch Zeit erhalten, um abzuklären, ob eine breite Öffentlichkeit überhaupt eine Buvette am Aarequai will.

Die **BDP-Fraktion**, so Stadtrat Vannini, teilt die Ansicht der Postulanten im Wesentlichen und folgt den Anträgen des Gemeinderates.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, ist erstaunt, dass die bürgerliche Seite einen solchen Vorstoss bringt. Im Rat ist man jedoch nicht nur Volks- sondern auch Interessenvertreter, was sich auch auf die Parteifinanzierung auswirkt. Das Postulat beinhaltet Behauptungen, die nicht unwidersprochen gelten gelassen werden können. Die Gastronomiebetriebe seien unter grossem Druck, wird im Postulat argumentiert. Umso erstaunlicher ist es, dass die Bäckerei Hirsbrunner für ihr Café zwei junge Frauen gefunden hat, die trotz des Konkurrenzdrucks die unternehmerische Herausforderung annehmen, ein erfolgreiches Café zu führen. Die schönen Sommer- und Herbstwochenenden haben gezeigt, dass eine Buvette tatsächlich im Interesse der Thunerinnen und Thuner sowie auswärtiger Gäste ist. Die bereits bestehenden Aussensitzplätze schränken den Platz von Velofahrenden und Spazierenden ein. Er weist darauf hin, dass das Uferschutzgesetz zu einem Zeitpunkt erlassen wurde, wo es in Thun noch keine Gastgewerbebetriebe am Fluss gab. Heute jedoch reiht sich dort Gastrobetrieb an Gastrobetrieb. Deshalb fragt er sich, wieso an der Hofstetten-Ländte aus einem unbenutzten Feuerwehrmagazin keine Buvette entstehen darf. Das Bedürfnis ist unbestritten. Dass der Gemeinderat das Projekt nicht begräbt, erachtet die Fraktion als richtig. Der Gemeinderat soll die Voraussetzungen zu einer zonenkonformen Realisierung schaffen.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, findet es schade, dass die Buvette momentan nicht umgesetzt werden kann. Eine Bereinigung der Einzonung ist längst fällig und wird nun mit der Ortsplanungsrevision vollzogen. Persönlich kann sie sich eine Buvette an der Hofstetten-Ländte sehr gut vorstellen, zumal die Buvette ein anderes Zielpublikum als die umliegenden Restaurants hätte. Ein altes Feuerwehrmagazin als Brandlöscher in einen Durstlöscher umzuwandeln, ist eine gute Idee. Die Fraktion unterstützt die Annahme des Postulats.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, stuft eine Buvette am Aarequai als sinnvoll ein, auch im Sinne der Aufwertung der Stadt am Wasser. Die Fraktion nimmt bedauernd von der Aufschiebung des Projektes Kenntnis und ist erfreut, dass nicht auf das Projekt verzichtet wird. Von bürgerlicher Seite her werden ansonsten Konkurrenz und Liberalisierung gewünscht. Dieses Postulat geht jedoch in eine andere Richtung. Die Fraktion lehnt das Postulat ab. Sollte sich im Rat keine Mehrheit für die Ablehnung ergeben, stellt die Fraktion den Antrag auf Abschreibung.

Philipp Deriaz, **SVP/FDP-Fraktion**, unterstreicht, dass es hier nicht um Partikularinteressen geht. Dass man anbringen kann, es handle sich um keinen typisch bürgerlichen Vorstoss, kann er nachvollziehen. Er empfindet es als stossend, dass ein Privater ein paar Parzellen weiter weg seinen Wintergarten nicht erweitern, die Stadt jedoch eine Buvette umsetzen darf. Die richtige Einzonung des Gebiets mit der Ortsplanung wird begrüsst. Stadtrat Deriaz findet es wichtig, dass das Geschäft auf dem politischen Radar bleibt. Die Fraktion nimmt das Postulat an.

**Gemeinderat Konrad Hädener** nimmt Bezug zum Votum von Stadtrat Philippe Deriaz und hält fest, dass er die Verbindung des Ausbaus des Wintergartens zum Buvettenbau noch nicht vollständig nachvollziehen kann. Er bestätigt, dass die Postulanten sich seit mehreren Monaten mit dem Thema befassen und

bereits seit einiger Zeit Gespräche stattfinden. Im Postulat spiegeln sich Äusserungen wider, die er (Gemeinderat Konrad Hädener) bereits vom Besitzer des Dampfschiffes gehört hat. Die Schlagzeile im Thuner Tagblatt "Keine Konkurrenz für das Dampfschiff" führte zu einem Missverständnis. Das Restaurant Dampfschiff steht immer in Konkurrenz mit anderen Gastrobetrieben. Gemeinderat Hädener bedauert den Verlauf in diesem Geschäft.

**Der Rat** nimmt das Postulat mit 25 : 12 Stimmen bei einer Enthaltung an und lehnt eine Abschreibung mit 13 : 25 Stimmen ab.

## 85. Postulat P 7/2015 betreffend Hafenanlagen Lachen

**Philipp Deriaz (SVP), Reto Schertenleib (SVP) und Mitunterzeichnende vom 11. Juni 2015; Beantwortung**

**Reto Schertenleib (SVP)** freut sich über die positive Antwort des Gemeinderates. Die Beurteilung des Gemeinderates deckt sich weitgehend mit den Anliegen der Postulanten, was bereits vor einem Jahr bei der Aufnahme des Themas spürbar war. Der Gemeinderat macht in seiner Antwort auf punktuelle Massnahmen aufmerksam, welche realisiert wurden. Dabei handelt es sich hauptsächlich um kleine Ausbesserungen. Stadtrat Schertenleib verweist auf den Ertragsüberschuss von 450'000 Franken, von welchem nur ungefähr 10 Prozent für den jährlichen Unterhalt aufgewendet werden. Glücklicherweise hat der Gemeinderat erkannt, dass die Anlagen veraltet sind. Dass der Kanton den Ausbau der Hafenanlage im Lachen vorsieht, ist sehr positiv. Die Nachfrage nach Bootsplätzen ist gross, weshalb die Warteliste und somit die Wartezeiten sehr lang sind. Selbstverständlich benötigen nicht alle Mieter Frischwasserzugang und die Möglichkeit, Fäkalien zu entsorgen. Die Erarbeitung eines Hafenkonzpts mit einer sinnvollen Neueinteilung der Plätze ist begrüssenswert. Der Gemeinderat beabsichtigt die Entwicklung des Hafensareals mit einer Gesamtplanung des Lachensareals in Verbindung zu setzen. Diesem Vorgehen haben die Postulanten Rechnung getragen, indem sie im Postulat eine Aufteilung nach kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen vorgenommen haben. Herr Schertenleib unterstreicht mögliche Synergien mit der Sanierung des Strandbades oder mit der neuen Werfthalle der BLS. Die Postulanten möchten wissen, was es heisst, dass die Investitionen durch entsprechende Gebühren gedeckt werden müssen. Sollte damit gemeint sein, dass die Mietgebühren für die Bootsbesitzer steigen, könnten sich die Postulanten damit nicht einverstanden erklären. Schliesslich ist ein jährlicher Nettoerlös von 450'000 Franken vorhanden, dieser müsste jedoch zweckgetreu eingesetzt werden. Die Postulanten denken, dass einige Massnahmen bereits früher umgesetzt werden könnten und erhoffen sich den Einbezug von beteiligten Personen bei der Planung. Die Postulanten bitten um Überweisung des Vorstosses.

Die **SVP/FDP-Fraktion**, so Stadtrat Schertenleib, folgt dem Antrag des Gemeinderates.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, teilt die Ansicht, dass die Hafenanlage im Lachen angepasst werden muss. Die Fraktion gibt folgende Elemente zur Prüfung und Entwicklung des Konzeptes mit: Die Preisgestaltung bietet dank der grossen Nachfrage nach Bootsplätzen einen gewissen Spielraum. Erfahrungen von ähnlichen Hafenanlagen in der Schweiz sollten berücksichtigt werden. Es könnten beispielsweise auch ökologische Kriterien in die Mietpreisgestaltung einfließen. Weiter könnte ein Modell entwickelt werden, wie mit Booten umzugehen ist, die quasi nie in Bewegung sind. Da es sich um einen Luxus handelt, sind diejenigen Personen, die Boote besitzen, auch gerne bereit, dafür das nötige Geld auszugeben. Jedoch muss berücksichtigt werden, dass es ein breites Feld von Bootsbesitzern gibt. Die Fraktion erachtet es als sinnvoll, dass sich der Gemeinderat mit dem Thema befasst und das Notwendige unternimmt. Sie nimmt das Postulat an.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, bestätigt, dass es sich um eine sehr einfache Infrastruktur handelt, die bei der Erstellung vollständig gereicht hat. Die Anlage stösst an ihre Grenzen und die Anforderungen an die Bootsliegplätze sind gestiegen. Mit dem eingereichten Postulat wird der Gemeinderat gebeten, die Möglichkeiten zur Erneuerung der Anbindeanlagen zu prüfen. Gleichzeitig werden Anforderungen an die Infrastruktur definiert. Eine Mehrheit der heutigen Mieter ist jedoch mit der bestehenden Infrastruktur absolut zufrieden. Wünschenswert sind Anbindeplätze in Form von Boxen, welche jedoch die zur Verfügung stehende Wasserfläche zusätzlich einschränken würden. Ob die Umnutzung der Lachenwiese oder die Auf-

hebung der Parkplätze zugunsten einer modernen Hafenanlage unterstützt würde, ist aufgrund der unterschiedlichen Interessenlage zu bezweifeln. Es wird schwierig sein, die verschiedenen Interessen unter einen Hut zu bringen. Es darf eine moderne Anbindeanlage für gehobene Ansprüche angeboten werden, dies jedoch neben der bestehenden Anlage. Um die Finanzierung muss man sich keine Sorgen machen. Er freut sich auf viele einfache, kostengünstige sowie auf wenige gehobene, teurere Bootsliegeplätze. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, teilt die Meinung, dass die Hafenanlage nicht mehr den heutigen Bedürfnissen entspricht. Für die Aufrüstung sind diverse Massnahmen nötig. Die Fraktion erachtet die Erstellung eines Gesamtkonzeptes über alle Hafenanlagen als richtig. Da nur etwa 10 Prozent der Einnahmen für den baulichen Unterhalt ausgegeben werden, sollten mit den Einnahmen kurz- bis mittelfristig mehr Massnahmen realisiert werden können. In der Antwort des Gemeinderates werden Massnahmen erwähnt, die kurz- und mittelfristig realisierbar wären. Die Fraktion wünscht sich zu gegebener Zeit Informationen über die Realisierung der Strom- und Frischwasserversorgung sowie über den Bau der Fäkalienentsorgungsanlage. Im Aufgaben- und Finanzplan 2016-2019 sind keine Gelder für die Hafenanlage im Lachen eingestellt, daher ist es korrekt, vorläufig auf grössere Investitionen zu verzichten. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, teilt mit, dass die Fraktion bei der Diskussion geteilter Meinung war, jedoch eine Mehrheit für die Annahme des Postulates ist. Die Antwort des Gemeinderates wird unterstützt. Er macht auf den Antrag der Postulanten nach der zweckentsprechenden Verwendung der Mittel aufmerksam und betont, dass das Budget wohl anders beschlossen worden wäre, wenn auf alle Interessen eingegangen worden wäre.

**Gemeinderat Konrad Hädener** freut sich über die positive Aufnahme der Antwort. Der Gemeinderat stuft den Vorstoss als gut recherchiert und als umfassend ein. Die Mieten sind vertretbar und günstig und passen damit zum bescheidenen Angebot. Auf die Frage der Postulanten antwortet er, dass Investitionen, die nicht im Aufgaben- und Finanzplan enthalten sind und in den Folgejahren eingestellt werden sollen, an Substitutionen oder Mehreinnahmen gekoppelt sein müssen. Gemeinderat Hädener ist ebenfalls der Ansicht, dass Spielraum für ein differenziertes Angebot bestehen soll. Die Handhabung bei anderen Hafenanlagen wird selbstverständlich abgeklärt und beteiligte Personen werden soweit möglich einbezogen.

**Reto Schertenleib** (SVP) äussert sich zum Votum von Stadtrat Alfred Blaser und fragt sich, wo die Mehrheit der zufriedenen Liegeplatzmieter zu finden ist. Die Rückmeldungen der Bootsbesitzer an ihn fielen ganz anders aus. Es soll durchaus möglich sein, den Bootsbesitzern mit bescheideneren Ansprüchen Möglichkeiten zu bieten, aber vielleicht nicht ausgerechnet in der Hafenanlage im Lachen. Aus Sicht der Postulanten wäre es angebracht, Investitionen in anderen Bereichen zu kürzen und die Mietzinserträge aus der Hafenanlage zweckgetreu für den Hafen einzusetzen.

**Der Rat** überweist das Postulat mit 36 : 2 Stimmen.

## 86. Interpellation I 5/2015 betreffend Reglement über die Förderung des Veloverkehrs

**Sandra Rupp (SP) und Mitunterzeichnende vom 11. Juni 2015; Beantwortung**

**Gemeinderat Konrad Hädener** macht auf die Beratung des Jahresberichtes 2014 im Juni 2015 aufmerksam, wo bei der Abschreibung von Vorstössen festgehalten wurde, dass Reglemente grundsätzlich einzuhalten sind. Diesem Grundsatz wurde beim Reglement über die Förderung des Veloverkehrs nicht Rechnung getragen. Ob daraus jedoch ein Schaden entstanden ist, kann diskutiert werden. Irgendwo muss vor Jahren infolge der veränderten Instrumente in der Verkehrsförderung vergessen gegangen sein, dass ein solches Reglement besteht. Aus Sicht des Gemeinderates ist dies das einzige bekannte Beispiel. Beim Erlass des Reglementes im Jahr 1986 handelte es sich um sehr punktuelle Förderungsmassnahmen. Ein paar Jahre später wurde der Verkehr nicht mehr nur auf kommunaler Ebene, sondern auf Agglomerationsebene betrachtet. Aber auch die Betrachtung auf Stufe Agglomeration war nicht ausreichend, weshalb eine regionale Verkehrs- und Siedlungspolitik eingeführt wurde. Veloförderungsgedanken sind in diesem Konzept ebenfalls enthalten, weshalb die Förderungsmassnahmen für den Velover-

kehr in der Stadt Thun nicht vernachlässigt wurden. Er macht auf den Katalog von umgesetzten Massnahmen in der Antwort des Gemeinderates aufmerksam. Im strengen Wortlaut des Reglementes muss gesagt werden, dass das Reglement nicht umgesetzt wurde. Mit der Umsetzung der Städteinitiative kann eine zeitgemässe Lösung gesucht werden.

**Sandra Rupp Gyger (SP)** ist mit der Antwort nicht zufrieden und wünscht die Diskussion.

**Der Rat** stimmt der Diskussion zu.

Stadträtin Rupp Gyger bemängelt, dass in der schriftlichen Antwort wichtige Aussagen fehlen, die dann jedoch mündlich vom Gemeinderat an der Sitzung folgen. Sie hätte in der Antwort gerne gelesen, dass das Reglement tatsächlich nicht umgesetzt wurde. Sie kann nicht nachvollziehen, wieso das Reglement in den vergangenen 30 Jahren in Vergessenheit geraten ist. Die Massnahmen, welche der Gemeinderat unter Ziffer 3.1 aufführt, beinhalten zahlreiche Projekte, die sowieso hätten umgesetzt werden müssen, um den heutigen Anforderungen zu entsprechen. Die einzigen Projekte für den Veloverkehr, welche zusätzlich realisiert worden sind, sind die Öffnung des Aarequais für Velos und die Einführung des Velospots. Sie erwartet, dass alle Reglemente gleich gehandhabt werden. Das Reglement ist noch in Kraft, weshalb der Auftrag künftig zu erfüllen ist und eine Berichterstattung erfolgen muss.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, hat ein gewisses Verständnis für die Unzufriedenheit der Interpellantin. Die Frage, wieso das Reglement nicht umgesetzt wurde, ist legitim. Es ist jedoch erfreulich, dass mit der Städteinitiative die Aussicht auf Aufhebung des Reglementes besteht. Mit der Antwort unter Ziffer 3.1 kann der Gemeinderat aus dem Vollen schöpfen. In den letzten Jahren wurden einige Massnahmen zugunsten der Veloverkehrsförderung umgesetzt. Wäre der Gemeinderat seiner Pflicht zur Berichterstattung nachgekommen, wäre die Interpellation wohl nicht eingereicht worden.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, findet es befremdend, dass es ein gültiges Reglement gibt, dem nicht Rechnung getragen wird. Dies ist keineswegs vertrauensfördernd. Sie war sich schlicht nicht bewusst, dass dieses Reglement überhaupt existiert. Da sie sich für den Veloverkehr interessiert, fragte sie bei den SAKO-Sitzungen, wofür der Betrag von 150'000 Franken eingestellt ist. Jedoch wurde sie niemals auf das Reglement aufmerksam gemacht. Die Auflistung der Massnahmen ist aus ihrer Sicht bescheiden. Dass der Ausbau der Weststrasse als velofördernde Massnahme genannt wird, ist nicht nachvollziehbar. Die Strasse wurde für die Autos ausgebaut. Sie erachtet nur die Öffnung des Aarequais und die Einführung von Velospot als konkrete Veloförderungsmaßnahmen. Sie hofft, dass die Aussage von Gemeinderat Hädener zutreffen und das Reglement nicht einfach abgeschafft wird, sondern zeitgemässe Anpassungen gemacht werden. Die Fraktion Grüne ist überzeugt, dass es weiterhin ein Instrument für die Förderung des Veloverkehrs braucht, wie es die Diskussion über die Städteinitiative zeigt.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, ist über die negativen Reaktionen überrascht, weil doch viele velofördernde Massnahmen umgesetzt worden sind. Weder der Gemeinderat noch der Stadtrat waren sich bewusst, dass ein solches Reglement besteht. Es ist wichtig, nach vorne zu schauen, bei der Städteinitiative engagiert nach guten Lösungen zu suchen und sich auf breite Interessen abzustützen. Vom Gemeinderat erwartet die Fraktion eine saubere Umsetzung bei der Städteinitiative.

**Gemeinderat Hädener** hebt hervor, dass die einzige Abweichung, die sich bei der Handhabung des Reglementes ergeben hat, die Berichterstattung ist. Der Fördergedanke und die Mitteleinstellung im Aufgaben- und Finanzplan sind reglementskonform erfolgt. Durch die Einführung von neuen Instrumenten in der Verkehrs- und Siedlungspolitik dienen die meisten Massnahmen allen Gruppen von Verkehrsteilnehmenden und nicht nur einer konkreten Gruppe. Massnahmen zugunsten der Veloförderung sind in der Regel Teile eines Gesamtprojektes. Der Katalog unter Ziffer 3.1 beinhaltet nicht alle Massnahmen, welche in den letzten 30 Jahren umgesetzt wurden. Mit mehr Aufwand könnte die Aufzählung sicher noch vervollständigt werden. Es ist wichtig, zeitgemässe Anpassungen im Reglement zu vollziehen.

## 87. Interpellation I 6/2015 betreffend Bäume fällen: Zuerst transparent informieren und Partner mitwirken lassen, statt rasch fällen und nachträglich langatmig erklären und rechtfertigen

## **Fraktion Grüne, Till Weber vom 11. Juni 2015; Beantwortung**

Till Weber, **Fraktion Grüne**, dankt für die Antwort, welche ihn befriedigt. Auf eine Diskussion wird verzichtet, da diese bei einem zukünftigen Vorstoss, der in die gleiche Richtung gehen wird, erfolgen kann.

## **88. Fragestunde**

### **Fragestunde F 3/2015 betreffend Spielplatz Lerchenfeld Till Weber vom 10. November 2015**

Die Frage F 3/2015 wurde vom Gemeinderat schriftlich beantwortet und liegt auf.

## **Mitteilungen**

**Der Stadtratssekretär** erinnert an die Einladung zum Schlussessen des Stadtrates im Anschluss an die Sitzung vom 18. Dezember 2015 und weist darauf hin, dass keine Anmeldung nötig ist, jedoch Abmeldungen dem Sekretariat zu melden sind.

**Der Stadtratssekretär** macht auf die Zusammenfassung der Rückmeldungen auf den Plakaten der Schülerinnen und Schüler sowie der Stadträtinnen und Stadträte vom 22. Oktober 2015 aufmerksam, welche aufliegt.

**Der Stadtratspräsident** informiert, dass die öffentliche Informationsveranstaltung "Überprüfung Fussgängerstreifen" um 20:15 Uhr im Stadtratssaal beginnt.

## **Eingänge**

Es sind keine neuen Vorstösse eingegangen.

Der Stadtratspräsident

Der Stadtratssekretär

Thomas Hiltpold

Remo Berlinger